



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 29.04.2026

1. Den Mitgliedern des Sozialausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Sozialausschusses
am Mittwoch, 6. Mai 2026, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. 26-S-00-0001
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 26-S-00-0002
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 26-S-00-0003
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. 26-S-00-0004
Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

5. 26-F-60-0002

Sachstand Kath. Kindertagesstätte St. Elisabeth
-Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 29.04.2026-

Die vorübergehende Schließung der Kath. Kindertagesstätte St. Elisabeth infolge erheblicher baulicher Mängel hat bei den betroffenen Familien, Kindern und Beschäftigten zu großer Verunsicherung geführt. Nach der zwischenzeitlichen Behebung akuter Mängel, insbesondere im Bereich der Elektrik, konnte der Betrieb zwar wieder aufgenommen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass bereits mittelfristig erneut erheblicher Handlungsbedarf besteht.

Vor diesem Hintergrund besteht weiterhin ein erhebliches öffentliches Interesse an Transparenz hinsichtlich des aktuellen Sachstands sowie der weiteren Planungen.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Prüfung des vom Bistum Limburg vorgelegten Konzepts zur Sanierung und Weiterführung der Kath. Kindertagesstätte St. Elisabeth in Wiesbaden?
2. Sieht der Magistrat Möglichkeiten, während der geplanten Sanierungsmaßnahmen einen Teilbetrieb am bisherigen Standort aufrechtzuerhalten, um zumindest einzelne Gruppen weiterhin dort zu betreuen?
3. Wann ist voraussichtlich mit der Sitzungsvorlage zur weiteren Vorgehensweise zu rechnen?

6. 26-F-10-0005

Fehlbelegungen im geförderten Wohnraum - Transparenz und Gegenmaßnahmen
-Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2026-

Der geförderte Wohnraum in Wiesbaden ist ein knappes Gut und soll insbesondere einkommens-schwachen Haushalten zur Verfügung stehen. Gleichzeitig mehren sich Hinweise darauf, dass ein erheblicher Teil der geförderten Wohnungen nicht mehr von Haushalten bewohnt wird, die die ursprünglichen Voraussetzungen für einen Wohnberechtigungsschein erfüllen.

Diese sogenannten Fehlbelegungen führen dazu, dass tatsächlich bedürftige Haushalte keinen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten, während gleichzeitig knappe Ressourcen ineffizient gebunden werden. Der soziale Wohnungsbau verfehlt unter diesen Umständen teilweise seine eigentliche Zielsetzung.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, einen umfassenden Überblick über das Ausmaß der Fehlbelegungen in Wiesbaden zu erhalten und geeignete Maßnahmen zu prüfen, um den geförderten Wohnraum wieder stärker seiner ursprünglichen Zweckbestimmung zuzuführen.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Kinder, Familien und Wohnen möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie viele Wohnungen im geförderten Wohnungsbestand in Wiesbaden derzeit als fehlbelegt gelten bzw. bei wie vielen Wohnungen davon auszugehen ist, dass die Einkommensgrenzen für einen Wohnberechtigungsschein nicht mehr eingehalten werden.
2. Nach welchen Kriterien und in welchen Zeitabständen die Einkommensverhältnisse der Mieter im geförderten Wohnraum überprüft werden.

3. Ob und in welchem Umfang in Wiesbaden derzeit Instrumente zur Erfassung oder Vermeidung von Fehlbelegungen eingesetzt werden.
4. Welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, Fehlbelegungen im geförderten Wohnraum zu reduzieren oder zu vermeiden.
5. Ob die Wiedereinführung einer Fehlbelegungsabgabe in Wiesbaden rechtlich möglich ist und welche Auswirkungen eine solche Maßnahme auf den Wohnungsmarkt und die städtischen Einnahmen hätte.
6. Welche weiteren Maßnahmen geeignet wären, sicherzustellen, dass geförderter Wohnraum vorrangig den tatsächlich berechtigten Haushalten zur Verfügung steht.

7. 26-F-55-0003

Wohnungen in der stationären Jugendhilfe
-Antrag der Fraktion Die Linke vom 27.04.2026-

Das Wohnungsangebot für junge Menschen in der stationären Jugendhilfe reicht in Wiesbaden aktuell nicht aus. Viele Jugendliche und junge Erwachsene in schwierigen Lebenslagen - etwa aus Familien mit Wohnungsnot oder aus dem Übergang aus Jugendhilfeeinrichtungen - benötigen stabile, betreute Wohnformen, um Selbstständigkeit zu erlangen. Bestehende Angebote wie das Übergangwohnheim der Diakonie oder Wohngruppen des Johannesstifts sind überlastet und decken die Nachfrage nicht.

Zudem fehlt es sogenannten „Careleaver“, also junge Erwachsene aus dem Jugendhilfesystem entlassen werden, an bezahlbarem Wohnraum. Dies birgt die Gefahr, dass, nachdem junge Menschen nach dem §41a SGB VIII in einem durch den Jugendhilfeträger betreuten Apartment erfolgreich verselbständigt werden, diese trotzdem ihr Zuhause aufgeben müssen, weil sie aus dem System rausgewachsen sind. Sie stehen dann vor drohender Obdachlosigkeit. Es braucht also dringend Wohnraum, in dem die Careleaver wohnen bleiben können, wenn auch nur für eine gewisse Zeit, wenn die Leistungen der Jugendhilfe enden.

Die Linke fordert daher einen zielgerichteten Ausbau in Kooperation mit den Trägern. Dies entspricht dem Auftrag des SGB VIII zur Jugendschutz und Teilhabe und verhindert Obdachlosigkeit unter Jugendlichen. Die Stadt muss aktiv handeln, um soziale Ungleichheit nicht zu verstärken.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden stellt fest, dass das aktuelle Wohnungsangebot für junge Menschen in der stationären Jugendhilfe nicht ausreicht.

Der Magistrat wird gebeten,

- 2) gemeinsam mit den freien Trägern der stationären Jugendhilfe einen Ausbauplan zu erarbeiten, der bis Ende 2031 ausreichend Wohnplätze schafft.
- 3) gemeinsam mit den freien Trägern der stationären Jugendhilfe einen Ausbauplan zu erarbeiten, der bis Ende 2031 ausreichend Wohnplätze für Careleaver schafft, in denen diese mindestens 12 Monate bleiben können.
- 4) den Sozialausschuss und den Jugendhilfeausschuss einzubinden und über den Fortschritt jährlich zu informieren.
- 5) die hierzu notwendigen Mittel jeweils rechtzeitig für die kommenden Haushalte, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Verpflichtungen nach SGB VIII, anzumelden.

8. 26-F-14-0004

Wohnungstauschbörse Wiesbaden
-Antrag der Fraktion Volt vom 29.04.2026-

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen 2025 wurden zusätzlich zum Grundbudget 73.651 € für die Wohnberatung bereitgestellt, verbunden mit dem Auftrag, ein Konzept für eine kommunale Wohnungstauschbörse zu erarbeiten. Ziel einer solchen Tauschbörse ist es, auf freiwilliger Basis Wohnraum effizienter zu nutzen: Familien sollen schneller größere Wohnungen finden können, während ältere oder alleinlebende Menschen aus übergroßen Wohnungen in kleinere, barrierearme Wohnungen wechseln können.

Dieses Instrument wird in mehreren deutschen Städten bereits erfolgreich eingesetzt. Die Projekte "Wohnungstausch Berlin" oder "Wohnungsbörse München" z.B. wurde in der Presse mehrfach positiv erwähnt. Niederschwellige Online-Plattformen und die aktive Vermittlungsrolle der Wohnungsunternehmen führen hier zu erfolgreichen Tausch- Vermittlungen.

Wohnungstauschbörsen können einen Beitrag dazu leisten, den angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten, da zusätzlicher Wohnraum nicht immer geschaffen werden muss, sondern besser verteilt.

Gleichzeitig bestehen gesetzliche Hürden. Es gibt keinen gesetzlichen Anspruch auf Wohnungstausch. Ein Tausch ist ausschließlich mit Zustimmung des Vermieters zulässig (§ 540 BGB). Kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsunternehmen können somit einfacher kooperieren, private Vermieter sind häufig zurückhaltend.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat um eine Darstellung des Sachstandes sowie der bisherigen Umsetzungsschritte der Wohnungstauschbörse in Wiesbaden.

Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

- 1) Wie ist der aktuelle Stand der Erarbeitung eines Konzepts für eine Wiesbadener Wohnungstauschbörse?
- 2) Wo und über welche Kanäle können sich Bürger:innen melden, die eine Tauschwohnung suchen oder ihre Wohnung zum Tausch anbieten möchten?
- 3) Welche Maßnahmen nutzt der Magistrat bzw. plant er, um über die Möglichkeit eines Wohnungstausches öffentlich zu informieren?
- 4) Wie viele Bürger:innen haben sich bisher mit dem Interesse an einem Wohnungstausch an die Verwaltung oder die Wohnberatung gewandt?
- 5) Wie viele Wohnungstausche konnten bisher tatsächlich realisiert werden?
- 6) Welche strukturellen, rechtlichen oder praktischen Probleme sieht der Magistrat bei der Umsetzung einer Wohnungstauschbörse in Wiesbaden?
- 7) Welche organisatorischen, technischen oder rechtlichen Voraussetzungen sind nach Ansicht des Magistrats notwendig, um eine Wohnungstauschbörse zukünftig möglichst effektiv betreiben zu können?

9. Ernennung von Mitgliedern für die Jury des Integrationspreises der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE: Schreiben Stadträtin Löbcke vom 14.04.2026

10. Bericht zu den aktuellen Entwicklungen im Dezernat für Soziales, Bildung und Wohnen
11. Verschiedenes

Tagesordnung II

Die Berichte des Magistrats zu den folgenden Tagesordnungspunkten 1 bis 12 stehen im politischen Informationssystem zur Verfügung:

1. **14-F-33-0072**

Kooperationsprojekt HaLT!

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014, Bericht des Magistrats (Dezernat VII) vom 17.02.2026-

2. **24-F-63-0107**

Weiterentwicklung des "sozialen Netzes"

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.11.2024, Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 03.02.2026-

3. **25-F-15-0042**

Situation der Schulsozialarbeit in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 27.10.2025, Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 22.01.2026-

4. **25-F-16-0007**

Angebote gegen Einsamkeit

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 20.08.2025, Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 17.02.2026-

5. 25-F-63-0013

DL 07/26-1

Für mehr Wohnraum: Leerstandsgesetz in Wiesbaden umsetzen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.02.2025,
Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 19.01.2026-

6. 25-F-63-0052

Beitritt zur European Coalition of Cities Against Racism (ECCAR)

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 12.08.2025,
Bericht des Magistrats (Dezernat IV) vom 07.02.2026- -

7. 25-F-63-0071

Sachstand Umwandlung Betreuende Grundschulen (BGSen)

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke und Volt vom 29.10.2025,
Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 27.03.2026-

8. 25-F-63-0084

Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.11.2025,
Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 21.01.2026-

9. 25-F-63-0085

Verbesserung der Unterbringung im Männerwohnheim der Heilsarmee mittels Einzel- und
Zweibettzimmern im Altbau

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.11.2025,
Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 22.01.2026-

10. 25-F-63-0087

Lerncafé/Jugendcafé

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.11.2025,
Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 19.01.2026-

11. 26-F-63-0007

Einführung eines Diversitätsmonitorings prüfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.01.2026,
Bericht des Magistrats (Dezernat I) vom 31.03.2026-

12. 26-F-63-0011

Jugend-Info-Zentrum Wiesbaden (JIZ)
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 21.01.2026,
Bericht des Magistrats (Dezernat VI) vom 25.03.2026-

13. 25-V-51-0036

DL 07/26-2

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Einrichtung einer Kindertagesstätte "Flotte Ente" in der Helenenstraße 14-16 durch Terminal for Kids gGmbH, Mehrbedarf aufgrund von Brandschutzmaßnahmen

14. 25-V-51-0040

DL 08/26-4

Wiesbadener Monitoring für den Übergang Schule - Beruf 2024/25

15. 26-V-51-0005

DL 08/26-10

Schulsozialarbeit an Wiesbadener Grundschulen SJ 2023/24, Erfahrungs- und Geschäftsbericht

Nicht öffentliche Tagesordnung II

1. 26-V-51-0008

DL 09/26-2 NÖ

Eilige Entscheidung: Miete Seniorentreff Kastel ab sofort

Der Magistrat berät die Sitzungsvorlage voraussichtlich am 05.05.2026.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sofia Karipidou
Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin